

Presseinformation

346/10

Kiel, 10. November 2010

Heinz-Werner Jezewski zur Schließung der JVA Flensburg: „Schließung wird zu Lasten der Sicherheit gehen.“

Flensburg. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag bekräftigt ihre Kritik an der geplanten Schließung der Justizvollzugsanstalt in Flensburg. Die Kürzungen würden dauerhaft zu Lasten der Sicherheit und Resozialisierung der Strafgefangenen gehen. Das wiederum führe langfristig zu höheren Kosten.

„Wir teilen die Kritik des Vorsitzenden der Regionalgruppe Justizvollzug der Polizei-Gewerkschaft, der erklärt hat, dass gerade nachts die Sicherheit nicht mehr im gleichen Umfang wie derzeit garantiert werden könne. Seine Kolleginnen und Kollegen werden mit jedem, den sie nachts festnehmen, lange unterwegs sein, um die Person nach Lübeck oder Neumünster zu bringen. Währenddessen fehlt in Flensburgs Straßen eine Streife“, sagt Heinz-Werner Jezewski, innenpolitischer Sprecher der LINKEN aus Flensburg.

Statt die Gefangenen von der JVA ins Nebengebäude – das Gericht – zu bringen, werden sie nach der Schließung zu jedem Haftprüfungstermin durch das halbe Land gefahren werden müssen. „Wie sollen personeller Mehraufwand und gleichzeitig Einsparungen beim Personal zusammengehen, wenn nicht durch Arbeitsverdichtung?“, so Jezewski.

In den meisten Fällen sei der Rückhalt aus dem sozialen Umfeld, der Familie ein wichtiger Beitrag zur erfolgreichen Resozialisierung der Strafgefangenen. „Je weiter sie von ihren sozialen Bindungen entfernt werden, umso schwieriger ist die Resozialisierung und umso höher ist schließlich die Rückfallgefahr. Die Unterbringung des Gefangenen in 200 Kilometern Entfernung, oder mehr als drei Bahnstunden vom Heimatort entfernt ist für viele Betroffene und ihre Angehörigen ein großes Problem. Was heute vermeintlich eingespart wird, kostet morgen doppelt und mehrfach. Die Schließung ist unsozial, gefährlich und muss verhindert werden.“